



Iranische Botschaft in Bonn, Regimekritiker Ganji: „Sie bringen dich um“

Terrorismus

Pakt mit dem Regime

Erneut erschoss ein Killerkommando einen persischen Oppositionellen. Spuren führen in die Bonner iranische Botschaft.

Es war das Werk von Profis. Drei Schüsse, zwei direkt ins Herz, einer knapp unter dem rechten Auge, trafen Resa Masluman, 60. Jeder einzelne Treffer wäre tödlich gewesen.

Der frühere Staatssekretär des Schah-Regimes war regelrecht exekutiert worden. Eine Bekannte fand ihn am Mittag des 28. Mai in seinem Appartement in Créteil bei Paris.

Nur 48 Stunden später verhafteten Bonner Fahnder einen der mutmaßlichen Täter. Ausgestattet mit einem französischen Haftbefehl, nahmen sie den Iraner Ahmad Jeyhouni im idyllischen Bad Godesberg fest.

Für westliche Geheimdienste ist der 60jährige kein Unbekannter. Der seit 20 Jahren in Deutschland lebende Kaufmann gilt Terroristenfahndern wie dem französischen Ermittlungsrichter Jean Louis Bruguière als Späher der Mullahs.

Im Haftbefehl vom 30. Mai (Aktenzeichen P 961503902/3) verdächtigen die Franzosen Jeyhouni, „Agent des iranischen Nachrichtendienstes“ zu sein.

Pariser Ermittler vermuten, daß der Perser, Besitzer einer Godesberger Vi-



Jeyhouni, Masluman: Hinrichtung nach dem Tee

deothek, seine Aufträge direkt aus der iranischen Botschaft am Rhein bekommen hat. In Dossiers haben französische Fahnder erste Hinweise zusammengetragen, das Bundeskriminalamt (BKA) ist eingeschaltet.

Wieder einmal ist die diplomatische Vertretung des Iran in der Godesberger Allee 133 – 137 die Kulisse für einen Polit-Krimi. Von dem sechsgeschossigen Gebäude im Regierungsviertel erfolgt nach Einschätzung des Kölner Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) „die Führung aller wichtigen Agenten im westeuropäischen Ausland“.

„Mehrfache Erkenntnisse“, so das BfV in einem Geheimbericht, sprächen beispielsweise dafür, daß der Anschlag auf iranische Oppositionelle im Berliner Lokal „Mykonos“ von der Botschaft aus gesteuert worden ist.

Bei dem Überfall am 17. September 1992 hatte ein Killerkommando in der deutschen Hauptstadt vier führende kurdische Oppositionspolitiker erschossen. Abgehörte Funkgespräche zwischen der Bonner Botschaft und Teheran brachten erste Hinweise auf die fünf mutmaßli-

chen Täter, einen Iraner und vier Palästinenser. Sie müssen sich seit drei Jahren vor dem Berliner Kammergericht wegen Mordes verantworten. Die Bundesanwaltschaft ist überzeugt, daß persische Geheime und Diplomaten den Exekutionsbefehl übermittelt hatten. Drahtzieher des Massakers soll der iranische Geheimdienstchef Ali Fallahian gewesen sein, der noch im Oktober 1993 die persische Residenz am Rhein inspizierte und heute mit deutschem Haftbefehl gesucht wird.

Obwohl sogar das BfV die Botschaft als „Zentrale des iranischen Nachrichtendienstes“ in Europa geortet hat, wiegelte die Bundesregierung ab. „Völlig unbewiesen, das ist pure Spekulation“, erklärte Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer (CDU).

Das BKA registrierte seit 1980 in Europa 33 Terrortote, „vornehmlich im Exil lebende Politiker, Künstler und Schriftsteller aus dem Iran, die Opfer sogenannter Todeskommandos“ geworden sind. Immer

wieder gab es Hinweise auf eine Verstrickung der Bonner Mission. Aber bis heute setzt die Regierung weiter auf ihren „kritischen Dialog“ mit den Theokraten in Teheran.

Manucher Ganji, Präsident der Oppositionsgruppe „Fahne der Freiheit“ mit Sitz in Paris, macht der Bundesregierung nach dem Anschlag auf Masluman schwere Vorwürfe: „Von Bonn haben wir keine Hilfe zu erwarten.“ Immer noch paktiere die Bundesregierung mit dem „Unrechtsregime in Teheran“.

Der Ex-Erziehungsminister des Schah gilt als bedeutendster noch lebender Kritiker der Mullahs. Ähnlich wie gegen den Schriftsteller Salman Rushdie erließen die Mullahs auch gegen Ganji eine sogenannte Fatwa – einen Tötungsbefehl.

Zwei seiner Stellvertreter wurden ermordet, Ganji wird Tag und Nacht von einer Spezialeinheit der französischen Polizei bewacht. Hinter seinem Schreibtisch steht ein Sturmgewehr, im Aktenkoffer trägt er einen Magnum-Revolver.

Es gibt Hinweise, daß Ganji das eigentliche Ziel der Operation Masluman war. Oft schon hatten ihm die Iraner Fal-

len gestellt, versucht, ihn zu geheimen Treffen zu locken. Der alte Fuchs hatte die Gefahr stets rechtzeitig erkannt.

Auch der in der nordrhein-westfälischen Haftanstalt Rheinbach auf seine Auslieferung nach Frankreich wartende Jeyhouni hat nach Angaben Ganjis in der Vergangenheit immer wieder den Kontakt zu ihm gesucht. Im September 1992 habe ihn ein erster Brief Jeyhounis erreicht. In feinem Farsi, so Ganji, habe der Wahl-Bonner seine Dienste angeboten. Er sei ein „Unterstützer der Sache“, habe in Teheran Kontakte zu einer Widerstandsgruppe. Ganji: „Er behauptete, meine Organisation sei vom iranischen Nachrichtendienst infiltriert. Ich müsse mich mit ihm treffen, mein Leben sei in Gefahr.“

Ganji wurde mißtrauisch. Der Schah-Getreue mutmaßte, Teheran stehe hinter den Kontaktversuchen. „Das ist der Weg, wie sie operieren. Jemand gewinnt dein Vertrauen, ist ständig in deiner Nähe. Und dann öffnet er den Killern die Tür oder erschießt dich gleich selbst.“

Jeyhounis Anwalt, Hans-Georg Pendzig, bestreitet Ganjis Angaben: „Mein Mandant hat ihm nie geschrieben und ihn nie gesehen.“ Jeyhouni fand schließlich doch noch Anschluß in der Pariser Exilantengemeinde: bei Resa Masluman. „Ich habe ihn gewarnt“, sagt Ganji, „sie bringen dich um. Aber Resa lachte nur und sagte, ich sei zu mißtrauisch.“

Am Pfingstmontag vor fünf Wochen tauchte Jeyhouni nachmittags überraschend bei Masluman in Paris auf. Seinen Begleiter, der einen weißen BMW mit Frankfurter Kennzeichen fuhr, stellte er nach Aussagen einer Zeugin als seinen Neffen vor. Masluman lud zum Tee. Die Bekannte verabschiedete sich.

Für das, was dann passierte, gibt es zwei Versionen. Jeyhouni will noch am frühen Abend nach Bonn zurückgefahren sein. Masluman habe noch gelebt, beteuert er. Der Blitzbesuch habe nur dazu gedient, bei Masluman Schulden einzutreiben. Bereits kurz vor Mitternacht, bezugte seine Frau, sei er in Godesberg zurück gewesen. Masluman wurde gegen 22 Uhr erschossen.

Für den Pariser Ermittlungsrichter ist hingegen klar, daß Jeyhouni und sein Begleiter Teil eines Killerkommandos waren. Unklar sei nur, wer geschossen habe. An Maslumans Wohnungstür fanden sich keine Einbruchspuren, auch Hinweise auf einen Kampf fanden die Flics nicht.

Vom zweiten Mann fehlt jede Spur. Die französischen Ermittler mutmaßen, der geheimnisvolle Paris-Besucher sei längst in den Iran zurückgekehrt. Französische Fahnder spotteten in der vergangenen Woche, der Fall sei leicht zu klären: Die Deutschen bräuchten nur festzustellen, für wen die Botschaft am Rhein einen eiligen Transfer nach Teheran organisiert habe.

Milde Aufsicht

Kanzler Helmut Kohl gab der deutschen Industriemacht nach – und riskiert damit einen Handelskrieg mit den USA.

Der Kanzler blieb eisern: „Wir lassen uns nicht erpressen, auch nicht von den Amerikanern.“

Selbst wenn ein Handelskrieg mit den USA heraufziehe, verkündete Helmut Kohl im Koalitionsgespräch am vorigen Dienstag – wichtig sei nur eins: Die knappe Kanzlermehrheit im Bundestag dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Kohl nahm deswegen einen Punkt von der Tagesordnung der nächsten Kabinettsitzung, dem man seine Brisanz nicht gleich ablied: die „Reform des Vergaberechts“ für öffentliche Aufträge.

Tatsächlich berührt das Thema mächtige Industrie-Interessen sowohl in den USA wie auch in Deutschland. Ausländische Firmen, so klagt besonders die US-Regierung, aber auch die Europäische Kommission schon länger, werden bei öffentlichen Aufträgen in der Bundesrepublik massiv benachteiligt.



Industriemacht Wartenberg
Aufträge nach Landeskinderprinzip

Die EU drohte schon mit einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof gegen das deutsche „Hoflieferantentum“ und „Landeskinderprinzip“. Die US-Regierung hatte Bonn sogar ein Ultimatum bis Ende vergangener Woche gesetzt: Wenn die Deutschen bis dahin keine Bereitschaft zeigten, ihr Vergaberecht

zu ändern, würden deutsche Firmen von amerikanischen Staatsaufträgen ausgeschlossen.

Der Kanzler war eigentlich guten Willens. Er ließ Wirtschaftsminister Günter Rexrodt und Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig (beide FDP) „Eckpunkte“ zu einem Gesetz vorbereiten, das den Firmen mehr Rechte gibt, gegen die öffentliche Vergabepolitik vorzugehen. In diesem Sinne hatte der Kanzler auch Präsident Bill Clinton Ende Mai beim gemeinsamen Besuch in Milwaukee zu beruhigen versucht.

Es bestehe „dringender Handlungsbedarf“, heißt es in dem Papier der beiden Minister, „um Schwierigkeiten mit unseren Handelspartnern auszuräumen und für die Zukunft zu vermeiden und um unsere handelspolitische Glaubwürdigkeit zu erhalten“.

Doch die deutsche Industriemacht machte gegen die Vergabe-Reform mobil und alarmierte ihre Freunde in der Union.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie



Siemens-Chef Pierer
„Keine Lösung nach US-Denken“

(BDI), Ludolf von Wartenberg, beschwerte sich in einem Brief an den „lieben Fritz“ – Kanzleramtsminister Friedrich Bohl –, daß „in den Unterlagen für die Kabinettsitzung jeder Hinweis“ auf die BDI-Position fehle. Der baupolitische Sprecher der Union, Dietmar Kansy, ein Bauingenieur aus Hannover, stimmte ein: „So lass' ich mit mir nicht umspringen.“

Selten ist der Versuch, auf die Politik des Unionskanzlers einzuwirken, so offensichtlich geworden wie bei diesem Reformversuch. Was früher in Hinterzimmern, möglichst ohne Zeugen, selten in Schriftform gekungelt wurde, wird inzwischen in großen Kreisen diskutiert und per Fax verbreitet.

Was nun zum Bonner Politikum wird, war vor drei Jahren erst mal nur ein miß-